

Kurzmeldungen

Nach Angaben der Statistikbehörde ist das **Bruttosozialprodukt** im ersten Quartal dieses Jahres um **4,84 Prozent gestiegen** (Vorjahreszeitraum 0,27 Prozent). Dies wäre das höchste Wachstum seit Jahren. Es wird von der Regierung auf die verbesserte Energiesituation und politische Stabilität zurückgeführt. Die Inflationsrate lag im ersten Quartal 1994 bei 9,8 Prozent. (Reuter 27.5., 28.5., 1.6.94)

Philippinische **AuslandsarbeiterInnen** haben 1993 **2,28 Mrd. Dollar nach Hause geschickt** und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stützung der heimischen Wirtschaft geleistet. Es ist der höchste Betrag seit 1982. Nach Angaben des Auslandsarbeitsamtes PO-EA haben 689.168 Personen 1993 im Ausland eine Arbeit aufgenommen. (UPI 27.4.94)

Im Jahr 1993 haben **1,4 Millionen TouristInnen** die Philippinen besucht – ein neuer Rekord. Die meisten TouristInnen kamen aus Japan, Taiwan und Hongkong. (UPI 16.3.94)

Die Europäische Union hat den Philippinen für ein **Umweltschutzprogramm** einen Kredit über 32,71 Mio. US\$ gewährt. Das Geld sei hauptsächlich vorgesehen für den **Erhalt von Naturparks und Schutzgebieten** sowie für die **Reduzierung der Umweltverschmutzung** durch Industriebetriebe, teilte die Regierung in Manila mit. (Reuter 2.4.94)

Am 29. Mai hat Präsident Ramos das **Importverbot für Plastikmüll aufgehoben**, das er nach einer Aktion der Umweltschutzgruppe Greenpeace am 14. März verhängt hatte. (MC 3.5.; PN/PDI 30.5.94)

Die **Siemens AG** errichtet in den Philippinen als Generalunternehmer ein **Mobiltelefonnetz**, das nach Firmenangaben zum Ende des Jahrhunderts über 150.000 Anschlüsse verfügen soll. (DPA 9.5.94)

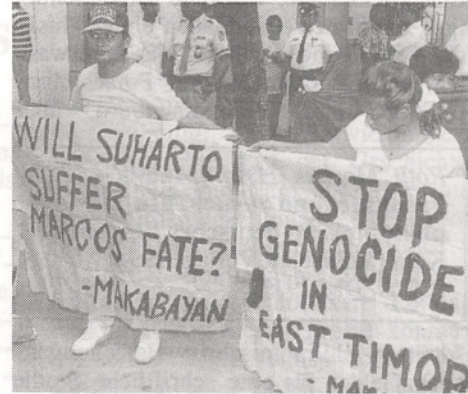
Osttimor-Konferenz: Fiasko für Ramos-Regierung

Eine fünftägige Konferenz über die Situation in Osttimor hat der Ramos-Regierung eine schwere politische Niederlage beschert. Die Konferenz, die vom 31. Mai bis 4. Juni stattfand, verurteilte die indonesische Annektion Osttimors. Die etwa 400 TeilnehmerInnen aus 15 Staaten forderten Jakarta zum Abzug seiner Truppen auf und appellierten an die internationale Staatengemeinschaft, stärkeren Druck auf Indonesien auszuüben.

Die indonesische Regierung hatte im Vorfeld die philippinische Regierung aufgefordert, die von in- und ausländischen Menschenrechtsgruppen in Manila durchgeführte "Asia Pacific Conference on East Timor" (APCET) zu verhindern. Zuerst erklärte Ramos, dies sei nicht möglich, da es eine private – durch die Verfassung geschützte – Veranstaltung sei. Darauf erhöhte Indonesien den Druck und sagte eine für die zweite Maihälfte in Davao geplante Wirtschaftskonferenz ab. Etwa 100 bisher in indonesischen Gewässern geduldete philippinische Fischer wurden von der indonesischen Marine festgesetzt. Jakarta drohte auch damit, seine Vermittlerrolle in den Gesprächen mit der muslimischen MNLF-Guerilla aufzugeben.

Als Indonesien mit weiteren wirtschaftlichen Vergeltungs-

maßnahmen drohte, erklärte die Ramos-Regierung, die Konferenz gefährde nationale Interessen. Zur Konferenz eingeladenen ausländische Delegierte wurden zu unerwünschten Personen erklärt; schließlich wurde die Veranstaltung verboten. Die Organisatoren riefen daraufhin den Obersten Gerichtshof an, der wenige Stunden vor Konferenzbeginn das Verbot aufhob, das Einreiseverbot für ausländische Delegierte dagegen bestätigte. Die Regierung blamierte sich jedoch in der Öffentlichkeit, als die Behörden der nordirischen Friedensnobelpreisträgerin von 1976, Mairead Maguire, und zahlreichen anderen Delegierten die Einreise verweigerten. Trotzdem nahmen etwa 50 AusländerInnen an der Konferenz teil. Danielle Mitterand, Ehefrau des französischen Staatspräsidenten und Vorsitzende einer Menschenrechtsorganisation, die bei der Konferenz die Eröffnungsrede halten sollte, gab dem Druck Manilas nach und blieb zu Hause. Sie beschwerte sich jedoch bei Ramos und ließ bei der Konferenz eine Erklärung verlesen. Die philippinischen Be-



Proteste auf Manilas Straßen

aus: FEER v. 2.6.94, S. 19

hörden nahmen schließlich davon Abstand, ausländische Delegierte bei der Konferenz zu verhaften und abzuschleppen.

In der philippinischen Öffentlichkeit wurde das Verhalten der beiden Regierungen scharf kritisiert. Ramos rechtfertigte sein Verhalten damit, daß Geschäfte im Umfang von 700 Millionen Dollar auf dem Spiel stehen würden. Außerdem sei die Beziehungen zu Indonesien im Rahmen der ASEAN wichtig. "Die Konferenz hat gezeigt, daß Ramos' Einsatz für die Demokratie sehr oberflächlich ist", kommentierte UP-Professor Francisco Nemenzo.

vgl. IPS 1.6.; AP/DPA/Reuter/UPI 11.5.-5.6.; WPS 31.5.; PN/MC 27.5.; PN/PDI 30.5.94

Mehrwertsteuer ausgeweitet

Am 28. Mai ist eine 10prozentige erweiterte Mehrwertsteuer in Kraft getreten. Sie soll auf fast alle Waren und Dienstleistungen erhoben werden und 73 Einzelsteuern ersetzen. Ausgenommen sind Energie, Wasser, Düngemittel, Lebensversicherungen, Kunstgegenstände, Bildungseinrichtungen und ärztliche Leistungen. Präsident Ramos bezeichnete das erweiterte Mehrwertsteuergesetz als Eckpfeiler der Steuerreform 1994. Die Regierung erhofft sich dadurch Mehreinnahmen von 8,3 Milliarden Peso.

Gegner der Steuer befürchten enorme Preissteigerun-

gen, die zum Teil schon vor Inkrafttreten der Steuer gemeldet wurden. Außerdem wird befürchtet, daß die Steuern vor allem die armen Bevölkerungsschichten treffen. Nachdem die Regierung im Februar nach massiven Protesten eine Erhöhung der Ölpreise zurückgenommen hatte, suchte sie darauf nach anderen Zusatzeinnahmen. Der Gewerkschaftsverband KMU kündigte Widerstand gegen die neue Mehrwertsteuer an.

vgl. PN/MC 14.4., 2.5., 4.5., 17.5., 22.5.; PN/MT 22.4., 19.5., 27.5.; PN/PDI 21.5., 26.5., 28.5.; Reuter 19.4., 22.4., 3.5.; UPI 11.4., 28.4., 16.5.94

Wirtschaftswachstum

Nach Angaben der Statistikbehörde ist das Bruttosozialprodukt im ersten Quartal dieses Jahres um 4,84 Prozent gestiegen (Vorjahreszeitraum 0,27 Prozent). Dies wäre das höchste Wachstum seit Jahren. Es wird von der Regierung auf die verbesserte Energiesituation und politische Stabilität zurückgeführt. Die Inflationsrate lag im ersten Quartal 1994 bei 9,8 Prozent. Im Vorjahreszeitraum lag sie noch bei 8,1 Prozent.

vgl. Reuter 27.5., 28.5., 1.6.94

Umstrittenes Amnestieprogramm

Der Kongreß hat Anfang Juni zwei Amnestiegesetze beschlossen. Sie sehen eine Amnestie für Mitglieder der kommunistischen Neuen Volksarmee, für muslimische Separatisten, für rechte Militärschergen sowie für Angehörige der Regierungstruppen und der Polizei vor, die bei der Aufstandsbekämpfung Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Bewerber müssen sich innerhalb eines halben Jahres bei einer zu schaffenden Nationalen Amnestiekommission melden. Wer die Delikte Folter, Vergewaltigung, Brandstiftung und Massaker verübt hat, ist allerdings von einem Straferlaß ausgeschlossen.

Die von der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) geführte Untergrundfront NDF lehnte die Amnestie "als Beleidigung der Friedensbemühungen" ab. Das

Programm belohne Menschenrechtsverletzer, sagte NDF-Sprecher Jalandoni. Der ehemalige Putschführer Gregorio Honasan von der sogenannten "Reformbewegung der Streikkräfte" (RAM) sagte: "Wir haben nicht für Amnestie gekämpft, sondern für Reformen." NDF, RAM und die muslimische Moro National Liberation Front (MNLF) sagten, eine Amnestie könne nur am Ende der Friedensbemühungen stehen und nicht am Anfang. Menschenrechtsgruppen lehnten das Amnestieprogramm ebenfalls ab. Es stelle die Ernsthaftigkeit der Friedensbemühungen der Regierung in Frage, sagte die Gefangenenhilfsorganisation Task Force Detainees in einer Stellungnahme.

vgl. MC 26.3., 27.3.; PAHRA 27.3.; PN/MC 25.5.; PN/MT 13.4.; PNF 5.4.; Reuter 25.3., 1.6.; TFD 20.4.; UPI 25.3., 26.3.94

Der Grüne Punkt: Beinahe auch in den Philippinen

45 Container mit 900 Tonnen deutschen Plastikmülls, die für die Philippinen bestimmt waren, wurden in Singapur aufgebracht und nach Bremerhaven zurückgeschickt. Der Müll mit dem Grünen Punkt war von der Firma Rethmann aus dem Münsterland in Richtung Philippinen geschickt worden. Dabei war die Deutsche Gesellschaft für Kunststoffrecycling (DKR), die einzige Vertragspartnerin für Recycling des Dualen Systems Deutschlands, umgan-

gen worden. Wahrscheinlich sollte der Müll in den Philippinen illegal deponiert werden. Die DKR war erst vor zwei Jahren gegründet worden, um den angeschlagenen Ruf der Entsorgungs- und Recyclingbranche zu retten. Der DKR-Vorgänger war wegen illegaler Müllexporte massiv ins Zwielicht geraten. Pikanterweise saß jedoch bis vor kurzem der Chef der Firma Rethmann im Aufsichtsrat der DKR.

vgl. MC 3.5.; taz 19.5.94

San Miguel: Gewinne durch Magnolia

Der vor allem durch sein Bier bekannte größte philippinische Konzern, die San Miguel Corporation, hat 1993 seinen Gewinn um zwölf Prozent auf 4,03 Milliarden Peso (147 Millionen US-Dollar) erhöhen können. Möglich war diese Steigerung, weil San Miguel die Hälfte seiner Beteiligungen an Milch- und Lebensmittelkonzern Magnolia an den Schweizer Nestlé-Konzern verkaufte. Andernfalls hätte San Miguel nach den Worten seines Vorstandsvorsitzenden Andres Soriano

sechs Prozent weniger Gewinn als im Vorjahr gemacht. San Miguel erzielte 1993 einen Umsatz von 2,2 Milliarden US-Dollar und stellt nach eigenen Angaben vier Prozent des Bruttosozialproduktes und sieben Prozent des Steueraufkommens der Philippinen. San Miguel exportiert seine Produkte in 24 Staaten und produziert außerhalb der Philippinen noch in Hongkong, China, Indonesien, Taiwan und Guam.

vgl. UPI 7.4.94

Ramos In Vietnam

Ende März reiste Fidel Ramos als erster philippinischer Staatspräsident für drei Tage nach Vietnam. Ziel des Besuches war der Ausbau der Handelsbeziehungen. Des weiteren wurde über das Schicksal der etwa 3.700 vietnamesischen Flüchtlinge in Palawan sowie über die von beiden Staaten beanspruchten Spratley-Inseln im südchinesischen Meer gesprochen. Diese werden auch von Taiwan, der VR China, Malaysia und Brunei reklamiert. Ramos sprach sich auch für die Aufnahme Vietnams in die ASEAN aus. Bereits Anfang März war in Manila die Einrichtung einer direkten Schiffsverbindung zwischen Manila und Ho-Chi-Minh-Stadt beschlossen worden. Kurz darauf wurden von Manila auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben.

vgl. Reuter 23.3., 27.3., 28.3., 29.3., 30.3., 1.4., 11.4.; UPI 9.3., 17.3., 21.3., 24.3., 28.3., 30.3., 11.4.94

Hoechst: Regierung setzt Verbot aus

Das Verbot für das vom deutschen Chemiekonzern Hoechst hergestellte Pestizid Thiodan ist kurz vor seinem geplanten Inkrafttreten Ende Mai von der Regierung ausgesetzt worden - offenbar auf Druck des deutschen Chemiekonzerns. Im letzten Jahr hatte es um das Gift mit dem Wirkstoff Endosulfan, das für starke Gesundheitsschäden verantwortlich gemacht wird, heftige Auseinandersetzungen gegeben. Hoechst hatte sich mit Klagen gegen KritikerInnen und ein Verbot der Behörden gewehrt. Das Verbot hielt aber letztlich einer gerichtlichen Überprüfung stand.

In den letzten fünf Monaten soll Hoechst nach Angaben der Agentur IPS zweimal an Präsident Ramos geschrieben haben. Dabei soll Hoechst-Manager Dieter Jarosch mit einem Rückzug des Konzerns aus den Philippinen gedroht haben. Das umstrittene Thiodan ist das meistverkaufte Hoechst-Pestizid in den Philippinen. Landwirtschaftsminister Roberto Sebastian, der von Hoechst verklagt worden war, bezeichnete das Verhalten des Chemiekonzerns als "klassischen Fall von Arroganz eines Konzerns".

vgl. IPS 30.5.94

Kurzmeldungen

Der bisherige Oberbefehlshaber des Heeres, **General Arturo Enrile**, wurde am 12. April **neuer Stabschef**. Der 54jährige Enrile, der bei der Niederschlagung des Putsches vom Dezember 1989 eine wichtige Rolle spielte, wird Nachfolger von Lisandro Abadia, der in den Ruhestand ging. (Reuter 4.4., 12.4.94)

Nach **Morddrohungen gegen zwei italienische und drei philippinische Priester** hat der Bischof von Dipolog City die kirchlichen Dienste in drei Städten von Zamboanga del Norte ausgesetzt. Die Kirchenmänner werden von Angehörigen der paramilitärischen CAFGUs bedroht, weil sie sich gegen illegalen Holzschlag eingesetzt haben. (Today 6.4.94)

50 Menschen sind in der Bicol-Region bis Ende Mai an **Cholera gestorben**. Die Opfer sind hauptsächlich Kinder. Anfang Mai waren in Cebu bereits sechs Personen an Cholera gestorben und 88 weitere erkrankt. (DPA 27.5.; Reuter 27.5., 1.6.; UPI 5.5.94)

Senator Ernesto Herrera, Vorsitzender des Ausschusses gegen illegalen Drogenhandel, hat die **Todesstrafe für einen 46jährigen Münchner** und einen **31jährigen Schweizer gefordert**. Die beiden waren verhaftet worden, weil sie im Besitz von Haschisch im Wert von 909.000 US\$ gewesen sein sollen. (AP 26.4.; UPI 22.4.94)

Der Oberste Gerichtshof hat Anfang Mai Verträge der Regierung über eine **geplante Lotterie für gesetzwidrig erklärt**. Eine Firma des ehemaligen Außenministers Raul Manglapus hatte zusammen mit der malaysischen Firmengruppe Berjaya die Genehmigung zum Betrieb einer Lotterie bekommen. Die Regierung hatte sich durch die Lotterie Zusatzeinnahmen und einen Rückgang beim Jueteng, einem illegalen Glücksspiel, erhofft. (Reuter 11.4., 3.5., 4.5.; UCAN 10.5.; UPI 4.5.94)

CPP-Machtkampf: Nach Wortgefechten nun scharfe Munition?

Der ehemalige Guerillakommandant der NPA, Leopoldo "Ka Hector" Mabilangan, ist am Ostersonntag (3.4.) vor einer Kirche in St. Tomas, Batangas, erschossen worden. Auch ein Leibwächter wurde getötet. Sechs Männer hatten auf den 36jährigen Mabilangan das Feuer eröffnet, bevor sie unerkannt fliehen konnten. Zu dem Anschlag bekannte sich im Namen der NPA später der CPP-Sprecher und NPA-Kommandant Gregorio "Ka Roger" Rosal. Zur Begründung der Tat sagte Rosal, ein "Volksgericht" habe Mabilangan für schuldig befunden, "Verbrechen gegen das Volk" begangen zu haben. Er sei an Entführungen und Erpressungen sowie an einem Attentatsversuch auf Vizepräsident Joseph Estrada beteiligt gewesen. Des weiteren wurden ihm konterrevolutionäre Aktivitäten vorgeworfen. Laut Rosal hat Mabilangans "Hinrichtung" nichts mit der "Berichtigungskampagne" innerhalb des Untergrundes zu tun.

NDF-Sprecher Luis Jalandoni hatte aus dem niederländischen Utrecht zunächst die Verantwortung der NPA für den Mord zurückgewiesen. Später räumte er ein, die re-

gionale CPP-Führung sei in ihrer Entscheidung autonom. Der ebenfalls in Utrecht lebende CPP-Gründungsvorsitzende José Maria Sison verteidigte die Tat. Er bezeichnete Mabilangan als "bezahlten Agenten" der Regierung.

Mabilangan hatte sich im Februar 1993 der Regierung ergeben. Daraufhin wurde er von seinen ehemaligen Gefährten der Zusammenarbeit mit der kriminellen Red Scorpion Gang beschuldigt, die früher Verbindungen zur NPA gehabt haben soll und für zahlreiche Entführungen verantwortlich gemacht wird. Zuvor hatte auch die von Vizepräsident Joseph Estrada geführte Präsidielle Anti-Verbrechenskommission (PACC) gegen Mabilangan eine Klage eingereicht, in der er einer Entführung und der Beteiligung an der Ermordung eines Steuerbeamten beschuldigt wurde. Nachdem Mabilangan das Amnestieangebot der Regierung angenommen hatte,



aus: FEER v. 12.5.94, S. 11

wurde die Klage jedoch zurückgezogen. Mabilangan gründete dann mit Unterstützung der Regierung eine Kooperative. Nach seinem Tod sagte ein PACC-Beamter, der Ex-Guerillaführer sei auch noch nach seiner Amnestierung in kriminelle Aktivitäten verwickelt gewesen.

Der Mord an Mabilangan gilt als Rückschlag für den Friedensprozeß und verstärkt Befürchtungen, der Macht- und Richtungskampf innerhalb des

Untergrundes könne gewaltsam eskalieren. Mitte April hat CPP-Sprecher Gregorio Rosal angekündigt, daß im Rahmen von sogenannten "Volksgerichten" der CPP Todesurteile gegen die vier ehemals hochrangigen Untergrundführer Romulo Kintanar, Arturo Tabara, Ricardo Reyes und Felimon Lagman verhängt würden. Ihnen werden konterrevolutionäre Aktivitäten vorgeworfen. Alle vier stehen in Opposition zum CPP-Gründungsvorsitzenden und mutmaßlichen CPP-Führer José Maria Sison. Die vier sind letztes Jahr aus der Partei ausgeschlossen worden bzw. hatten sich ihrerseits von Sisons Führung losgesagt.

vgl. Liberation März-April 1994; PN/MC 12.4.; PN/MT 14.4.; PN/PDI 9., 16.4.; PDI 5., 6., 7., 17., 26., 27.4., 2., 4., 20.5.; PNF 11.4.; PS 6.4.; Reuter 3., 4., 6., 7., 13., 25. 27.4.; Today 4., 7.4.; UPI 3., 4., 5., 15.4., 22.4.; BMP 15.5. FEER 19.5., IPS 22.4.; PN/AFP 22.4.; PN/MC 5.3.; PN/MT 15., 19., 24.4.94

Am 1. Mai getrennt marschliert

Ende April schlossen sich sechs Gewerkschaftsverbände in der CLU (Caucus for Labour Unity) zusammen. Es sind die Alliance of Progressive Labour (ALP), Bukluran ng Manggagawa Para sa Pagbagabo (BMP), Caucus of Independent Unions (CIU), National Confederation of Labor (NCLP), Pandayan und Trade Union Congress of the Philippines (TUCP). Nach eigenen Angaben umfaßt der neue Dachverband 60 bis 70 Prozent der organisierten ArbeiterInnen. Die Initiative zur Gründung soll vom TUCP ausgegangen sein. Der TUCP hatte in der Vergangenheit mehrfach mit der Regierung zusammengearbeitet, weshalb das neue Bündnis von der KMU verurteilt wurde.

Am Tag der Arbeit machten die linken Gewerkschaften in Manila ihre Uneinigkeit so deutlich wie selten. Demonstrationen und Kundgebungen gab es im Luneta-Park, am Liwasang Bonifacio, an der

Plaza Miranda und an der Don Chino Roces (Mendiola)-Brücke. Im Luneta-Park demonstrierten nach Polizeiangaben 25.000 Personen, nach Angaben der Veranstalter, u.a. des "gelben" Gewerkschaftsbundes TUCP und der KMU-Abspaltung BMP, sollen es 150.000 gewesen sein. An der Plaza Miranda demonstrierte das von der KMU geführte Gewerkschaftsbündnis KPPM mit etwa 10.000 Personen.

vgl. PNF 2.5.; PDI 2.5.; PN/MC 9., 16.4., 3.5.; PN/MT 13.4.; PN/PDI 20., 27.4., 4., 5., 6.5.; Reuter 1.5.; UPI 1.5.94

Mehrere CPP-Führer verhaftet

Im Mai sind drei mutmaßliche hochrangige Führer der kommunistischen Partei (CPP) verhaftet worden. Am 4. Mai wurde Wilma Austria-Tiamzon, mutmaßliche CPP-Generalsekretärin und damit die Nr. 3 in der offiziellen Parteihierarchie, in Bulacan festge-

nommen. Mit ihr wurden Eugenia Topacio, mutmaßliches ZK-Mitglied, und drei Begleiter verhaftet. Austria-Tiamzon, Ehefrau des mutmaßlichen stellv. CPP-Vorsitzenden Benito Tiamzon, wird von den Behörden die Beteiligung an Entführungen vorgeworfen. Die schwerkranke Tiamzon, die an Bluthochdruck und Asthma leidet, wurde nach Manila in ein Krankenhaus gebracht. Am 19. Mai wurde sie auf Anordnung von Präsident Ramos in die Obhut eines Bischofs überstellt. CPP und NDF hatten damit gedroht, den Friedensprozeß abzubrechen, sollte sie nicht freigelassen werden.

Ebenfalls verhaftet wurde am 26. Mai Felimon Lagman. Der 43jährige gilt als Vorsitzender des CPP-Manila-Rizal Regionalkomitees, unter dessen Führung die Alex Boncayo Brigade (ABB) steht. Diese städtische Guerillagruppe wird für zahlreiche Attentate und Anschläge verantwortlich gemacht. Unter Lagmans Führung hatte sich das Komitee im

Juli letzten Jahres für autonom von der CPP-Führung erklärt.

vgl. BMP 15.5.; PN/MT 18.5.; PN/PDI 27., 25., 30.5.; Reuter 5., 19., 26., 27.5.; UPI 19., 26.5.; WPS 25.5.94

CNL gespalten

Der durch die sogenannte interne Debatte ausgelöste Machtkampf im linken Untergrund hat nun auch die "Christians for National Liberation" (CNL), eine Mitgliedsorganisation der Untergrundfront NDF, gespalten. Im April verließen CNL-Mitglieder aus Manila die Organisation und gründeten die "Organisasyon ng mga Kristyano para sa Sambayanan" (OIKOS). "Wir sind der endlosen Debatte überdrüssig. Sie behindert unsere Arbeit", sagte OIKOS-Generalsekretär Librado Espiritu. In der Gründungserklärung wirft OIKOS dem CPP-Gründungsvorsitzenden José Maria Sison vor, CNL zu zerstören.

vgl. BMP 15.5.; PNF 5.4., 2.5.; PN/PDI 22.4.94